

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0219/2017/BV

Datum:
01.06.2017

Federführung:
Dezernat II, Vermessungsamt

Beteiligung:

Betreff:

Benennung des Gadamerplatzes

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 27. Juli 2017

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Bahnstadt	28.06.2017	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	12.07.2017	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	25.07.2017	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Bezirksbeirat Bahnstadt und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt das Ergebnis der Überprüfung des Lebens von Hans-Georg Gadamer in der NS-Zeit vom 19.04.2017 durch die Kommission für Straßenbenennungen zur Kenntnis und folgt der Empfehlung der Kommission, den Gadamerplatz in der Bahnstadt nicht umzubenennen und keine Zusatzbeschilderung anzubringen.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Keine	
Einnahmen:	
Keine	
Finanzierung:	
Keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Aufgrund von Anträgen und kritischen Anfragen zur Benennung des Gadamerplatzes und der bevorstehenden Einweihungstermine hat sich die Kommission für Straßenbenennungen vordringlich mit Professor Gadamers Verhältnis zum Nationalsozialismus beschäftigt. Es ist durch politischen Opportunismus gekennzeichnet, um eine akademische Karriere zu ermöglichen, aber die Ehrung von Professor Gadamer wegen langjähriger Verdienste wird dadurch nicht beeinträchtigt.

Sitzung des Bezirksbeirates Bahnstadt vom 28.06.2017

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung
Ja 6 Nein 1 Enthaltung 2

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.07.2017

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.07.2017

24 Benennung des Gadamerplatzes

Beschlussvorlage 0219/2017/BV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner weist auf den **Antrag** der SPD-Fraktion (Anlage 02 zur Drucksache 0219/2017/BV) hin:

Wir beantragen die Anbringung eines Zusatzschildes an das Straßenschild.

der von Stadträtin Prof. Dr. Schuster kurz begründet wird:

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Dr. Gradel, Stadtrat Holschuh, Stadtrat Diefenbacher, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadträtin Marggraf, Stadtrat Emer und Stadträtin Stolz

Folgende Hauptargumente werden vorgetragen:

- Die Kommission für Straßenbenennungen habe sich gegen die Anbringung eines Zusatzschildes ausgesprochen. Dem solle man folgen.
- Es stelle sich die Frage, welcher Text auf einem solchen Zusatzschild stehen sollte.
- Es sei widersprüchlich, eine Person durch Benennung eines Platzes zu ehren, dann aber einen kritischen Text am Straßenschild hinzuzufügen.
- Benennungen nach Personen seien oft problematisch, da diese teilweise ambivalent betrachtet werden könnten. Vielleicht sollten künftig keine Straßen oder Plätze mehr nach Personen benannt werden.

Stadträtin Prof. Dr. Schuster führt aus, auch bei anderen Straßen seien Zusatzschilder angebracht worden, die eine kritische Auseinandersetzung mit der geehrten Person ermöglichen würden. Die Formulierung des Textes sollte von der Kommission ausgearbeitet werden.

Nach Abschluss der Aussprache stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner den **Antrag** der SPD-Fraktion mit dem Arbeitsauftrag an die Kommission, einen geeigneten Text zu finden, zur Abstimmung:

Wir beantragen die Anbringung eines Zusatzschildes an das Straßenschild.
Die Kommission für Straßenbenennungen soll hierfür einen geeigneten Text ausarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorlegen.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 3 : 10 : 1 Stimmen

Aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner im Anschluss den **Beschlussvorschlag der Verwaltung** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit 13 : 3 : 1 Stimmen

Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt das Ergebnis der Überprüfung des Lebens von Hans-Georg Gadamer in der NS-Zeit vom 19.04.2017 durch die Kommission für Straßenbenennungen zur Kenntnis und folgt der Empfehlung der Kommission, den Gadamerplatz in der Bahnstadt nicht umzubenennen und keine Zusatzbeschilderung anzubringen.

gezeichnet

Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung
Ja 13 Nein 3 Enthaltung 1

Sitzung des Gemeinderates vom 25.07.2017

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 25.07.2017:

14 Benennung des Gadamerplatzes Beschlussvorlage 0219/2017/BV

Der **Antrag** der SPD-Fraktion (Anlage 02 zur Drucksache 0219/2017/BV)

Wir beantragen die Anbringung eines Zusatzschildes an das Straßenschild.
--

wird, wie im Haupt- und Finanzausschuss am 12.07.2017, erneut eingebracht und von Stadträtin Dr. Meißner begründet. Es gehe nicht um die Diskriminierung eines großen Denkers, sondern um historische Fakten, die nach dem Untergang des Dritten Reiches oft auch bei anderen Mitläufern hingenommen worden seien. Beispiele gebe es viele, wie zum Beispiel Heidelbergs damaliger Oberbürgermeister Carl Neinhaus oder der Chemiker Richard Kuhn. „Ein wirklich historisches Denken muss die eigene Geschichtlichkeit mitdenken“ - dieses Zitat stamme von Hans-Georg Gadamer und genau dies sei heute wichtig. Zur Ehrung gehöre eine Ehrlichkeit, die verlange, dass auch die problematische Seite in Gadamers Wirken nicht unerwähnt bleibe und bei der Benennung des Platzes eine angemessene Information angefügt werde.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Dr. Meißner, Stadträtin Dr. Nipp-Stoltzenburg, Stadtrat Föhr, Stadtrat Mumm, Stadträtin Marggraf, Stadträtin Mirow

Folgende Hauptargumente werden vorgetragen:

- Die Initiative Stolpersteine für Heidelberg habe die Namengebung kritisiert. Ob die Entscheidung der Kommission oder die Kritik der Initiative berechtigt oder tragfähig sei, könne nicht nachvollzogen werden. Es falle aber auf, dass methodisch nicht besonders sorgfältig gearbeitet worden sei.
- Gadamer sei ein Förderer des NS Regimes gewesen.
- Die Kommission habe sich gegen eine Umbenennung des Platzes und auch gegen die Anbringung eines Zusatzschildes ausgesprochen. Letzteres biete für eine differenzierte Darstellung zu wenig Platz.
- Vorstellbar wäre, im Rahmen von Open Data ein Hinweis bei den Straßennamen und den dazugehörigen Geodaten der Straßen zu verknüpfen. Dort sei ausreichend Raum für eine differenzierte Darstellung.
- Der Kommission mangelnde Sorgfalt vorzuwerfen gehe einen Schritt zu weit und werde zurückgewiesen. Die Kommission mache eine gute Arbeit.
- Es sei widersprüchlich, eine Person durch Benennung zur ehren, dann aber einen kritischen Text am Straßenschild anzufügen.

Im Verlauf der Diskussion wird von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz vorgeschlagen, heute nicht über die Beschlussvorlage abzustimmen, sondern eine Veranstaltung der Initiative Stolpersteine im Herbst abzuwarten, um danach mit der nötigen Sorgfalt die Benennung zu prüfen. Insofern stellt er den Antrag auf

Vertagung des Tagesordnungspunktes

Auf Hinweis von Stadträtin Marggraf übernimmt Stadtrat Holschuh den **Geschäftsordnungsantrag** auf

Schluss der Debatte

Dem Antrag wird mehrheitlich bei einer Gegenstimme zugestimmt.

Daran anschließend stellt er den **Antrag** von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz zur Abstimmung:

Vertagung des Tagesordnungspunktes

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt bei 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

und darauf folgend den **Antrag** der SPD-Fraktion:

Wir beantragen die Anbringung eines Zusatzschildes an das Straßenschild.

Abstimmungsergebnis bei 11 Ja Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Somit lässt der Oberbürgermeister über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat nimmt das Ergebnis der Überprüfung des Lebens von Hans-Georg Gadamer in der NS-Zeit vom 19.04.2017 durch die Kommission für Straßenbenennungen zur Kenntnis und folgt der Empfehlung der Kommission, den Gadamerplatz in der Bahnstadt nicht umzubenennen und keine Zusatzbeschilderung anzubringen.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen
Nein 11 Enthaltung 1

Begründung:

Die Kommission für Straßenbenennungen wurde durch Gemeinderatsbeschluss vom 16.06.2016 eingerichtet und trat nach Kenntnisnahme des Organisationskonzepts am 20.12.2016 durch den Gemeinderat erstmals am 26.01.2017 zusammen. Ihre Aufgabe ist, alle Straßennamen in Heidelberg, die nach Personen benannt sind, zu überprüfen, ob die Namensgeber eines Straßennamens würdig sind.

Parallel zur Einrichtung der Kommission erreichten die Stadtverwaltung und die kommunalpolitischen Gremien mehrere Anträge und Anfragen von Bürgern, welche die Eignung von Professor Gadamer als Namensgeber des Gadamerplatzes in der Bahnstadt in Frage stellen, weil sie ihm eine zu starke Anpassung an das nationalsozialistische System vorwerfen. Da zum neuen Schuljahr im September 2017 das Bildungszentrum B³ am Gadamerplatz seinen Betrieb aufnimmt und der Platz zum Bürgerfest 2018 eingeweiht werden soll, hat sich die Kommission gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit vordringlich mit dem Verhältnis von Professor Gadamer zum Nationalsozialismus beschäftigt, um bis zu den Terminen einen Abschluss der Diskussion über die Namensgebung zu ermöglichen.

Die Stellungnahme der Kommission vom 19.04.2017, die bei einer Enthaltung beschlossen wurde, liegt als Anlage bei. Darin wird empfohlen, den Gadamerplatz nicht umzubenennen und auch kein Zusatzschild über das Verhältnis von Professor Gadamer zum nationalsozialistischen System anzubringen. Dabei hat die Kommission die öffentlich bekannten Fakten über Professor Gadamers Leben bewertet und auch die Einschätzung von Hans-Martin Mumm, dem damaligen Leiter des Kulturamtes der Stadt Heidelberg, vom 28.11.2013 („Der Philosoph Hans-Georg-Gadamer in der Zeit des Nationalsozialismus“) mitberücksichtigt.

Die Verwaltung schließt sich der Empfehlung der Kommission an. Aus dem, was über Professor Gadamers Leben in der Zeit des Nationalsozialismus bekannt ist, lässt sich schließen, dass er dem nationalsozialistischen Regime nur soweit entgegenkam, wie es ihm nötig erschien, um seine akademische Existenz nicht zu gefährden und eine Karriere aufzubauen. Dies war politischer Opportunismus, wie er vor allem unter den öffentlich Bediensteten der Regelfall war. Eine Umbenennung des Gadamerplatzes aus diesem Grund würde vielen Angehörigen seiner Generation, die im nationalsozialistischen Deutschland noch öffentliche Ämter begleiteten, eine Kollektivschuld unterstellen.

Die Ehrung Gadamers durch diese Platzbenennung bezieht sich auf sein philosophisches Gesamtwerk und auf die Verdienste, die er für die Stadt Heidelberg vor allem in der Nachkriegszeit erbracht hat. Sein Verhalten in der Zeit des Nationalsozialismus wird damit nicht gut geheißenen. Es ist in keiner Weise vorbildlich, aber auch nicht so anstößig, dass es eine Ehrung aufgrund anderer Verdienste ausschließen würde.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Keine

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Jürgen Odszuck

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Überprüfung des Lebens von Hans-Georg Gadamer in der NS-Zeit vom 19.04.2017 mit Anlage „Der Philosoph Hans-Georg Gadamer in der Zeit des Nationalsozialismus“ von Hans-Martin Mumm
02	Sachantrag der SPD-Fraktion vom 11.07.2017 (Tischvorlage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.07.2017)